Abendausgabe

Nr. 173 ♦ 44. Jahrgang

Ausgabe B Nr. 86

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
12. April 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Ungeklärte Lage in China.

Vormarsch der Nordtruppen – Mobilisiert Japan?

London, 12. April. (WTB.) „Morning Post" berichtet aus Schanghai: Die Nationalisten sind durch den andauernden Vormarsch der Nordtruppen auf drei Fronten sehr beunruhigt. Die Truppen Sunschuangfangs bedrohen jetzt die Stellungen der Kantonarmee südlich Tschingkiang. Inzwischen treiben die Truppen Tschangsuntschangs die Kantontruppen auf Nanking zurück. Die Einnahme Pukaus wird jeden Augenblick erwartet. Schwere Kämpfe finden im Abschnitt von Tschu-Tschau statt; wie verlautet, bereiten die Kantontruppen sich auf den allgemeinen Rückzug vor.

Privaten, anscheinend zuverlässigen, Meldungen zufolge, sollen die Nordtruppen rasche Fortschritte in Richtung auf Hankau machen. Sie hätten den Tunnel von Wuschingkwan genommen, seien in die Provinz Hupeh beträchtlich eingedrungen und sollen nur noch 80 Meilen von Hankau entfernt stehen. Einem weiteren Bericht zufolge ist Tschingkungschan am Sonnabend von den Nordtruppen besetzt worden.

Tschingkiang ist, „Daily Telegraph" zufolge, von den Kantontruppen geräumt und von den Nordtruppen besetzt worden. Es wird berichtet, daß die Nordtruppen den Jangtse bei Tungtschau überschritten und Kiangyin, das nur 70 Meilen von Schanghai entfernt ist, besetzt haben. Alle Anzeichen deuteten auf einen vollständigen Zusammenbruch der Offensive der Kantontruppen und eine allgemeine Auflehnung gegen die Sowjetmethoden in ganz China.

„Daily Telegraph" berichtet aus Schanghai: 5000 Mann Südtruppen wurden von Suntschuangfang bei Yangtschai gefangengenommen. Alle Gefangenen eines Regiments, das seinerzeit von Suntschuangfang zum Feinde übergelaufen war, wurden geköpft.

Gespannte Lage in Kanton.

Washington, 12. April. (WTB.) Der amerikanische Generalkonsul in Kanton berichtet in einer Mitteilung an das Staatsdepartement, daß die dortige Lage äußerst gespannt sei und daß ein Zusammenstoß zwischen den Kommunisten und dem gemäßigten Flügel jeden Augenblick erwartet werde.

Japan vor dem Eingreifen?

Erklärungen des japanischen Generalkonsuls in Schanghai.

Paris, 12. April. (WTB.) Die Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Schanghai gibt folgende Erklärungen des japanischen Generalkonsuls in Schanghai, Yada, wieder: Infolge der Sowjetnote kann die Spannung zwischen Rußland und China ernste Folgen in der Mandschurei haben. Falls der latente Kriegszustand, mit dem man gegenwärtig rechnet, Unruhen hervorrufen sollte, **würde Japan eingreifen müssen**, um die Ruhe wiederherzustellen. Der japanische Generalkonsul erinnerte alsdann daran, daß auf Grund der in Kraft befindlichen Verträge die Sowjetbotschafter keine kommunistische Propaganda treiben dürften und **Japan angesichts der Bolschewisierung Chinas nicht gleichgültig bleiben könne.** Die Regierung von Tokio stehe der nationalen chinesischen Bewegung günstig gegenüber, aber sie werde keine Einmischung der Bolschewisten zulassen, die Leben und Besitz der Japaner in China in Gefahr bringen würde.

Mobilisierung des japanischen Heeres?

London, 12. April. (WTB.) Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" meldet aus Schanghai: Die Haltung der Japaner beansprucht das stärkste Interesse, da alle Anzeichen auf eine

allgemeine Mobilisierung des japanischen Heeres

hinweisen. Der Berichterstatter fragt, ob man eine offene Kriegserklärung gegen Rußland erwarten müsse, oder ob die mobilisierten Kräfte nur für eine Veränderung im engeren Rahmen bestimmt seien. Die japanischen Einwohner in Hankau sandten ein Ultimatum an ihre Regierung und forderten, daß eine Expeditionsstreitkraft sofort abgeschickt werde, um das ihnen zugefügte Unrecht zu sühnen. Der Korrespondent schließt: Die allernächsten Wochen werden Ereignisse von größter Bedeutung im fernen Osten sehen.

„Daily Mail" meldet aus Tokio: Japanische Korrespondenten in Charbin berichten über die

Zusammenziehungen großer russischer und chinesischer Kontingente an der sibirischen Grenze.

„Daily Mail" meldet aus Schanghai, 500 japanische Matrosen durchsuchten ein Viertel der Chinesenstadt nach bewaffneten Kommunisten.

Aus Hankau wird berichtet, daß der japanische Konsul eine Mitteilung an Tschen gesandt haben soll, worin er erklärt, drei japanische Zerstörer seien auf dem Wege nach Hankau mit genügenden Verstärkungen, um die Chinesenstadt in Grund und Boden zu schießen, was auch, ohne zu zögern, geschehen werde, wenn der geringste Versuch unternommen werden sollte, in die japanische Konzession einzudringen.

Kommentar des amerikanischen Staatsdepartements zu Note an die Kantoner Regierung.

Washington, 12. April. (WTB.) Das Staatsdepartement veröffentlichte die Note an die Kantoner Regierung mit folgendem Kommentar: Die von den fünf Mächten vereinbarten Bedingungen sind absichtlich mäßig gehalten und stellen das Mindestmaß dessen dar, was an ehrenhaften Wiedergutmachungen unter den gegebenen Verhältnissen von irgendeiner Regierung getan werden kann, die sich ihrer Würde und Pflicht gegenüber anderen befreundeten Völkern bewußt ist. Diese Forderungen treten der Würde und Souveränität des chinesischen Volkes nicht zu nahe, das die beteiligten Regierungen gern als ihnen befreundet ansehen möchten und mit dem sie die Freundschaft und Zusammenarbeit fortzusetzen und zu verbessern ernstlich wünschen. Die Forderungen richten sich vielmehr gegen jene fremden und chinesischen Einflüsse, welche die Verantwortung für die Nankinger Gewalttätigkeiten dadurch auf sich geladen haben, daß sie sich eifrig bemühen, die bestehende Freundschaft zu zerstören und das chinesische Volk zu Mißtrauen, Haß und Gewalt gegen Angehörige befreundeter Mächte aufhetzen.

Abrüstung – Aufrüstung.

Hoffnungsloses Hin und Her in Genf.

Die Genfer Vorkonferenz über die Abrüstung hat die erste Lesung einer internationalen Abrüstungskonvention beendet. Eine Redaktionskommission hat den Auftrag, den endgültigen Text festzusetzen. Sie soll ihn unmittelbar nach Ostern vorlegen. Dann soll er den Regierungen vorgelegt werden. Ein Teil der Delegierten, die von weither kommen, wollen in Genf bleiben; ein anderer Teil will dann sofort nach Hause zurückkehren. Aber nur mit geringer Hoffnung erwarten sie alle die Stellungnahme ihrer Regierungen. Es sieht so aus, als ob die zweite Lesung auf unbestimmte Zeit vertagt wird.

Die Vorkonferenz begann am 21. März zu beraten. Sie ist keine Konferenz von bloßen Sachverständigen. Es waren in Genf die Militärs nicht mehr die Hauptdelegierten ihrer Länder. Wenn früher die Militärs über die Abrüstung berieten, so war das, als ob die Schuster über die Abschaffung der Stiefel beratschlagten. Das mußte scheitern. Diesmal waren die Militärs zwar noch zahlreich vertreten. Sie waren jetzt nur Berater. Politiker führten die Delegationen. Unter ihnen Männer, die die Abrüstung ehrlich und aufrichtig erstreben. Genosse de Brouckère vertritt Belgien, Genosse Paul Boncour vertritt Frankreich. Aber hinter dem einen steht eine Burgfriedensregierung, hinter dem anderen regiert ein Poincaré. England hat Lord Robert Cecil, der einst als Völkerbundfanatiker galt, entsandt; aber in London regiert das sozialreaktionäre Kabinett Baldwin. Deutschland ist durch den Demokraten Graf Bernstorff vertreten; in Berlin herrscht der schwarz-blaue Block. Die Vereinigten Staaten delegierten einen Diplomaten; Coolidge möchte einen Abrüstungserfolg für die Neuwahlen haben, aber er hat seine eigene Abrüstungskonferenz einberufen. Und in den übrigen Ländern, in Italien, in Polen, Rumänien sind die Verhältnisse noch schlechter. Nirgends bestimmen die Sozialisten allein den Kurs der Außenpolitik. Ist die Reaktion sozial erstarkt, so ist sie es auch international. Keine Abrüstungskonferenz kann sich im luftleeren Raum vollziehen. Die Genfer Beratungen sind abhängig von der internationalen Gesamtlage. Die machtpolitischen Gegensätze klaffen wieder gegeneinander. Sie sind innerhalb der Staaten, die an der Vorkonferenz teilnehmen, nicht so groß, daß kriegerische Auseinandersetzungen unmittelbar drohen. Sie sind groß genug, um die internationale Friedensarbeit zu sabotieren.

Die Vorkonferenz hat sich auseinandergeredet. Die Gegensätze scheinen in der jetzigen internationalen Konstellation nicht überbrückbar. Die Vorkonferenz, die die Regierungen jetzt langsam erdrosseln, hatte nur die Aufgabe, die Abrüstungskonferenz vorzubereiten. Sie sollte eine internationale Konvention über die Begrenzung und Beschränkung der Rüstungen fertigstellen, die zwar keine Zahlen und Ziffern über die Rüstungsstärke der einzelnen Länder enthielt, aber doch in einzelnen Abschnitten, Artikeln, Paragraphen, Sätzen und Absätzen die Rüstungen begrenzt und das Wettrüsten unterbindet. Aber selbst diese bescheidene, diese unumgängliche Vorarbeit bringt unter dem Einfluß der Regierungen die Konferenz nicht zustande.

Rein international, vom Standpunkt des entwaffneten Deutschland einmal abgesehen, wäre es zwar ein grundsätzlicher Fortschritt gewesen, wenn man die Aufrüstung, das Wettrüsten für die Zukunft verhindert hätte. Das einzige, worauf man sich geeinigt hat, war der Grundsatz, daß die Präsenzstärken der Heere und die Gesamttonnagen der Kriegsflotten festgesetzt werden sollen. Darüber hinaus aber war nicht einmal theoretisch eine Einigung zu erzielen. Frankreich weigerte sich, Höchstziffern anzuerkennen für die Reserven, es will für die Dauer schrankenlos seine waffenfähige Mannschaft militärisch ausbilden, um seine Rüstungssuprematie aufrechtzuerhalten. Ebenso will es die Freiheit behalten, innerhalb der Gesamtflottentonnage U-Boote und kleine Kreuzer nach Belieben zu bauen. Sämtliche Mächte lehnen den deutschen Vorschlag ab, die Mengen und die Qualität des Kriegsmaterials zu begrenzen. Sie wollen alle, wie seit jeher, in Munition, in Kanonen, in Tanks, in Bomben, in der Vorbereitung des Gaskrieges wettrüsten.

So ist nicht einmal theoretisch auch nur die Rüstungsbegrenzung in Genf anerkannt worden. Aber selbst wenn sie grundsätzlich angenommen worden wäre: dann hätten sich praktisch die größten Schwierigkeiten ergeben. Verlangte doch das faschistische Italien jetzt schon, daß es auf den gleichen Stand wie Frankreich aufrücken müsse, bevor die Rüstungsgleichheit, die es beanspruchte, erreicht sei. Und ähnlich verhalten sich namentlich die Staaten, die als Nachbarn die Sowjetunion fürchten, die sich nicht einmal an den Genfer Besprechungen beteiligt. Um so weniger kommt die Rüstungsbeschränkung jetzt auch nur in Frage.

Die Sabotage der fremden Regierungen geht so weit, daß sie sich nicht einmal mit der Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes begnügen. Abgesehen von zwei Höchstziffern — der Zahl der Bewaffneten und der Gesamtflottentonnage —, wollen sie auch vielleicht zurzeit nicht wettrüsten, jedoch die Freiheit zum Wettrüsten in der Zukunft behalten.

Statt das Versprechen von Versailles einzulösen und durch die eigene Abrüstung den Rüstungsstand gegenüber Deutschland zu vermindern, soll er verewigt werden.

Stockreaktionär.

Der Beamtenschub des Bürgerblocks.

Die „Deutsche Tageszeitung" ruft nach dem Staatsanwalt gegen unsere Kritik der Personalpolitik des Bürgerblocks. Sie erblickt in unserer Beschuldigung, daß der Reichsinnenminister den Reichstag absichtlich ausgeschaltet habe, sowie in dem Vorwurf reaktionärer, republikfeindlicher Gesinnung gegen Herrn von Keudell verleumderische Unterstellungen. Der Staatsanwalt soll Sühne für das „infame Kesseltreiben" gegen von Keudell schaffen.

Erstens: wir erheben nicht nur gegen Herrn von Keudell, sondern gegen das gesamte Kabinett des Bürgerblocks den Vorwurf, daß es während der Etatsdebatte seine Absichten in der Personalpolitik verschwiegen hat, um sich gerechter Kritik zu entziehen — aus blasser Furcht vor der Opposition. Es wäre noch schöner, wenn der Opposition die Kritik durch den Staatsanwalt unterbunden werden sollte! Warum so empfindlich gegen oppositionelle Kritik? Aus bösem Gewissen.

Zweitens: die reaktionäre, republikfeindliche Gesinnung des Reichsinnenministers. Sie ist reaktionär und republikfeindlich, selbst wenn die „Deutsche Tageszeitung" die politische Stellung und Gesinnung des Herrn von Keudell durch ein Amtsgericht prüfen lassen will. Ein neuer Beweis: Herr von Keudell hat Herrn von Kameke zum Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsinnenministerium gemacht. Herr von Kameke ist Ehrenritter des Johanniterordens und als solcher eidlich auf die Monarchie und seinen König verpflichtet. Ein eingeschworener Monarchist Leiter der Verfassungsabteilung! Ernannt von dem ehemaligen Kapp-Landrat!

Ein panpazifischer Kulturkongreß. Der vom Präsidenten Coolidge einberufene, von den Ländern um den Stillen Ozean beschickte Kongreß für Unterricht, Urbarmachung von Ländern und Gesundheitswesen wurde vom amerikanischen Innensekretär in Honolulu eröffnet.

Die Locarno-Kommissionen eingesetzt.

v. Simson deutsches — de Brouckère belgisches und Undén neutrales Mitglied.

In den Locarno-Schiedsverträgen mit Belgien, Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei vom 16. Oktober 1925 ist für die gütliche Beilegung von Streitfällen die Bildung ständiger Vergleichskommissionen vorgesehen. Diese Kommissionen bestehen aus je fünf Mitgliedern, von denen je eines von jeder der beiden beteiligten Regierungen ernannt wird, während die drei übrigen, darunter der Vorsitzende, von den beiden Regierungen gemeinsam berufen werden. Die Kommissionen sind nunmehr konstituiert worden.

Staatssekretär z. D. von Simson gehört als deutsches Mitglied allen vier Vergleichskommissionen an. Genosse Senator de Brouckère vertritt Belgien, Genosse Prof. Undén ist neutrales Mitglied in der deutsch-belgischen und der deutsch-tschechischen Kommission. Von international bekannteren Persönlichkeiten sind außerdem ernannt: Ministerialdirektor a. D. J. Seydoux (Franzose, für Frankreich), Prof. van Eijsingha (Holländer, für die belgische, tschechische, französische Kommission), Gesandter Loudon (Holländer, für die polnische Kommission).

Polnisch-Oberschlesien.

Deutscher Sieg bei der Gemeindewahl in Knurow.

Kattowitz, 12. April. (WTB.) Die Gemeindewahl in Knurow (Kreis Rybnik) ergab am 14. November 1926 eine erhebliche Mehrheit für die deutschen Parteien. Daraufhin hatten die polnischen Parteien bei der zuständigen Behörde Einspruch erhoben und die Gültigkeit der Wahl angefochten. Die am Sonntag erneut vorgenommene Gemeindewahl ergab für die Deutsch-katholische Volkspartei von 2885 abgegebenen Stimmen 1472 und für die polnischen Parteien, die in nicht weniger als elf Listen zerfielen, 1413 Stimmen. Somit haben die Deutschen acht und die polnischen Parteien sieben Mandate errungen.

Und untereinander ziehen die Regierungen es vor, sich gegenseitig die Rüstungsfreiheit zu lassen. Das Wettrüsten soll wieder losgehen, sobald es ökonomisch tragbar ist, das ist vorläufig das Ergebnis der Genfer Beratungen.

„Erst Friede, dann Abrüstung".

Paris, 12. April. (WTB.) Zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen schreibt das „Journal": Die Genfer Beratungen haben erneut die allbekannte Tatsache klargestellt, daß es für die Abrüstung nicht genügt, sie zu wünschen, sondern daß man zuerst eine für die Abrüstung günstige internationale Lage schaffen müsse. Man hat den Frieden auf der Herabsetzung der Kampfmittel gründen wollen, während doch diese Herabsetzung die Folge eines Friedenszustandes und nicht die Vorbereitung für die Schaffung des Friedens sei. Die Logik muß selbstverständlich wieder zu ihrem Recht kommen.

„Echo de Paris" schreibt: Wenn in Genf eine Verständigung zustandekommt, so wird Frankreich geschwächt; fällt die Konferenz in sich zusammen, so wird Deutschland die Nichtausführung der Versprechen von Versailles proklamieren.

Deutschnationale Wähler.

Ein „Dementi" des Abg. v. d. Osten-Warnitz.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete von der Osten-Warnitz übersendet uns unter Berufung auf den § 11 des Pressegesetzes zu der eidesstattlichen Erklärung des Wanderarbeiters Kocur ein Dementi. Es ist uns ein Vergnügen, diese Berichtigung der Erklärung des Wanderarbeiters gegenüberzustellen:

Presseamtliche Berichtigung.

Es ist unwahr, daß der „Wanderarbeiter" Kocur in Warnitz, ohne in die Wählerliste des Gutsbezirkes Warnitz eingetragen zu sein, an allen öffentlichen Wahlen seit 1919 teilgenommen hat.

Richtig ist vielmehr, daß der seit langen Jahren vor dem Kriege im Gutsbezirk Warnitz ansässige Arbeiter Kocur, der sich im Inland bereits vor dem Kriege verheiratet hatte, in die Wählerliste des Gutsbezirkes Warnitz eingetragen gewesen ist und dementsprechend bei öffentlichen Wahlen sein Stimmrecht ausgeübt hat.

Unwahr ist ferner, daß der Arbeiter Kocur besonders zur Wahl aufgefordert und durch Fuhrwerk abgeholt worden ist.

Richtig ist vielmehr, daß sämtlichen, auf verschiedenen Vorwerken und Ausbauten von Warnitz entfernt wohnenden Wählern unabhängig von ihrer Parteirichtung Fuhrwerk zur Verfügung gestellt wurde, um ihnen die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen.

Warnitz (N.-M.), den 11. April 1927.

von der Osten.
Mitglied des Preußischen Landtages.

Die Richtigstellung des Herrn v. d. Osten-Warnitz leugnet nicht, daß Wanderarbeiter Kocur widerrechtlich zu sämtlichen Wahlen zugelassen wurde, obwohl er die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt. Herr v. d. Osten sagt zwar, es sei unwahr, daß Kocur besonders zur Wahl aufgefordert wurde, aber das hat auch Kocur gar nicht behauptet. In der Erklärung Kocurs heißt es vielmehr: „Der Wunsch des Herrn v. d. Osten wurde mir jedesmal durch einen Gutsbeamten besonders mitgeteilt." Und das wird in der Richtigstellung nicht bestritten. Herr v. d. Osten muß weiter zugeben, daß Kocur, wie die anderen Arbeiter auch, mit seinem Fuhrwerk zu den Wahlen befördert worden ist. Was das bedeutet, weiß jeder, der die ostelbischen Verhältnisse kennt.

Die presseamtliche Berichtigung des deutschnationalen Landtagsabgeordneten v. d. Osten-Warnitz erhärtet damit die eidesstattlichen Angaben des Wanderarbeiters Kocur. Die Landtagsfraktionen der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei haben also Gelegenheit zu zeigen, daß es ihnen mit der Beachtung der gesetzlichen Wahlvorschriften nicht nur dann ernst gemeint ist, wenn es sich um einen demokratischen Lehrer handelt.

Wrisberg.

Was die Staatsfeinde denken.

Nachdem die Rechtspresse den Fall Wrisberg zu einer ihrer üblichen Hetzen gegen das preußische Staatsministerium mißbraucht hatte, war General Freiherr Digeon von Monteton so mutig, den Vorfall in der „Vossischen Zeitung" objektiv zu behandeln. Er teilt das Schicksal aller Würdenträger des ehemaligen Kaiserreichs, die den Mut zur Wahrhaftigkeit besitzen. Die „Kreuzzeitung" läßt ihn von einem gewissen verabschiedeten Leutnant von Waldow folgendermaßen anspeien:

> Was sollen Ihre Behauptungen? Sollen sie nur Zwiespalt säen? Entspricht das Ihrer Ehrauffassung als Freiherr und ehemaliger General, wie Sie sich unterzeichnet haben? Ihre Ausführungen, Herr General, werden vielen von uns beweisen, daß Sie mit den staatsfeindlichen Parteien liebäugeln. Zu allen weiteren Aeußerungen stehe ich Ihnen gern bereit, verbitte mir aber, daß Sie einen Verstorbenen in den Schmutz zu ziehen wagen, der entschieden mehr geleistet hat als Sie.

Der Zweck der Uebung ist eine Herausforderung zum Zweikampf und im Hintergrund lauert die gesellschaftliche Feme. Gesellschaftliche Feme, weil der General es gewagt hat, in einer demokratischen Zeitung zum Fall Wrisberg in einem anderen als antirepublikanischen Sinne Stellung zu nehmen. Bekenntnis zu demokratischen und republikanischen Anschauungen ist gleichbedeutend mit Staatsfeindlichkeit. Kreuzzeitungslogik, deutschnationale Logik und auch durch Bürgerblock und Zentrumsrichtlinien nicht aus der Welt zu schaffen.

Die Barmat-Kredite der Post.

Die Rolle der Girozentrale.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurde nochmals Ministerialrat Lünsmann vom Reichspostministerium über den Kreditverkehr zwischen Reichspost und Girozentrale gehört. Die Aussage des Zeugen ergab eine völlig neue Version, denn es ging aus ihr hervor, daß die Girozentrale, entgegen der bisherigen Annahme der Anklage, den Kredit an die Amexima aus eigenen Mitteln gegeben hat, **die Zusage Minister Höfles am 18. Juli also gar nicht wirksam geworden ist.** Ministerialrat Lünsmann bekundete dann weiter, daß die Girozentrale im Oktober der Reichspost mitgeteilt habe, daß eine Reihe von Beträgen an Kommunen, wie Recklinghausen, Kreuznach, Koblenz usw., nunmehr als für die Amexima ausgeglichen gelten sollten, eine Feststellung, die den Vorsitzenden zu der Bemerkung veranlaßte, daß das eine tolle Geschichte sei. Die Girozentrale habe übrigens schon vor der Besprechung zwischen Barmat, Höfle und Direktor Müller Kredite von der Reichspost zur Weitergabe an Kommunen erhalten, und zwar etwa 40 Millionen Mark. Vors.: Welchen Zweck hatte denn das Abkommen vom Oktober? Zeuge: Daß die Post die Ausfallbürgschaft für die 12 Millionen übernahm, die die Girozentrale zunächst aus eigenen Mitteln an die Amexima gegeben hatte. Landgerichtsrat Rosemann: Was war denn die wirtschaftliche Veranlassung dafür, daß die Post die Ausfallbürgschaft übernahm? Zeuge: Höfle begründete das damit, daß die Barmat-Betriebe erhalten werden müßten, und daß es insofern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sei, da andernfalls 15 000 Arbeiter ihr Brot verlieren würden. Landgerichtsrat Rosemann: Die Post behielt also die guten Gläubiger, die Kommunen, und Sie mußten die Bürgschaft für Barmat übernehmen? Der Vorsitzende stellte dann fest, daß das Abkommen zu dem Zweck getroffen worden sei, die Kündigung des Kredits durch die Girozentrale, die er zum 1. Oktober gekündigt hatte, zu verhindern. Als die Gefahr der Kündigung des Kredits drohte, sei Höfle in die Bresche gesprungen und habe den Kredit gewissermaßen auf die Post übertragen, um ihn so verlängern zu können. Der Zeuge bestätigte, daß dies der beabsichtigte Zweck gewesen sein könne. Der Vorsitzende rekapitulierte dann noch einmal, daß der Unterschied im Gegensatz zu der bisherigen Auffassung darin bestehe, daß die Girozentrale das Geld aus eigenen Mitteln gegeben habe, und erst im Oktober die Post den Kredit übernommen habe.

Studenten gegen Faschismus.

Schwere Studentenzusammenstöße in Bologna.

Zu schweren Zusammenstößen ist es in der Universitätsstadt Bologna zwischen faschistischen und antifaschistischen Studenten gekommen. Anlaß dazu gab eine Verordnung des Unterrichtsministers Fedele, durch die die Märzprüfungen in Fortfall kommen. Darüber empört, veranstalteten die antifaschistischen Studenten, die sich in überwiegender Mehrheit befinden — gehören ja dem Universitäts-Fascio dort nur 10 Proz. aller Hörer sämtlicher Fakultäten an —, eine Kundgebung, bei der die gegnerischen Kräfte in ein Handgemenge gerieten. Die Faschisten, denen es dabei übel erging, alarmierten die Universitätsmiliz, die aber gegen die aufgeregten Antifaschisten nichts auszurichten vermochte.

Diese bildeten daraufhin einen Zug, der sich durch die Straßen Bolognas mit entrüsteten Niederrufen auf den faschistischen Abgeordneten der Stadt Arpinati und auf den Minister Fedele bewegte. Im Universitätshofe folgte eine Versammlung, in der zwei Studierende als Redner auftraten und das im faschistischen Italien streng verpönte Wort „Freiheit" verkündeten. Italien, so erklärte einer der Redner, sei auf dem besten Wege, ein Kirchhof der Geister zu werden; den faschistischen Kampfruf „alala!" könne man wohl Bauern mit dem Knüttel eintrichtern, die Studenten aber seien freie Geister, wissensdurstig und auch durch Prügel nicht zum Verrat an ihrer geistigen Mission zu bewegen.

Inzwischen waren Miliz, Karabinerie und Polizisten herbeigeeilt und sprengten die Versammlung mit Gewalt. Etwa 150 Studenten wurden verhaftet und in die Gefängnisse von S. Giovanni in Monte übergeführt. Ein Teil von ihnen wurde einige Tage darauf freigelassen, gegen einen übrigen Teil ist die Anklage wegen Aufhetzung erhoben worden, die Rädelsführer der Kundgebung wurden deportiert.

Die faschistischen Studenten, die bei diesen Vorgängen einen empfindlichen Denkzettel erhalten haben, haben sich bei dem faschistischen Abgeordneten Arpinati lebhaft darüber beschwert, daß die „Eiserne Schwadron" des Bologneser Fascio sich bei dieser Gelegenheit nicht hat blicken lassen.

Horthy bereitet Massentodesurteile vor!

Das Standgericht wird „entlastet".

Budapest, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Von den 53 ungarischen Männern, Szanto und Genossen, die wegen „Aufruhrs" in nächster Zeit gerichtlich belangt werden, sollen außer dem Hauptangeklagten noch 17 weitere Personen von einem Standgericht abgeurteilt werden, während 30 Angeklagte dem ordentlichen Gericht übergeben werden. Der Zweck dieser scheinbaren Milde ist, durch die Verringerung der vor das Standgericht gestellten Zahl der Angeklagten den Prozeß innerhalb drei Tagen zu beendigen, weil nur dann ein Todesurteil gefällt werden kann. Szanto und 17 weitere Angeklagte wurden von dem Beschluß des Gerichtes bereits am Montag unterrichtet.

Hitler der nationale Verräter. Die Innsbrucker Blätter veröffentlichen einen offenen Brief der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft für Südtirol, in dem in scharfer Weise gegen Hitlers Rede am 30. März in München Stellung genommen wird. Hitler hatte in dieser Rede einen Verzicht auf Deutsch-Südtirol ausgesprochen. Das Vorgehen Hitlers gegenüber den Deutschen in Südtirol sei entweder bodenloser Leichtsinn oder Verrat.

Berufung im Disziplinarverfahren gegen die Magdeburger Richter. In dem Disziplinarverfahren gegen die Magdeburger Richter, in dem der Landgerichtsdirektor Hoffmann mit Strafversetzung und der Landgerichtsrat Kölling von dem Disziplinarsenat des Oberlandesgerichts Naumburg mit einem Verweis bestraft worden sind, hat der Generalstaatsanwalt und jetzt auch der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune-Göttingen das Rechtsmittel der Berufung eingelegt. Wenn es zur Durchführung der Berufung kommt, wird das Berufungsverfahren vor dem großen Disziplinarsenat des Kammergerichts stattfinden.

Gelbe Infanterie.

Von Hermann Schützinger.

Mein Gott — es ist alles schon dagewesen: Der Artilleriepark, der Schützengraben, der Drahtverhau, das Exekutionskommando. All das, was man so in den Journalen der ganzen Welt über Schanghai und Hankau beschrieben und fein säuberlich abgebildet sieht! Die Flugzeugschuppen, Eisenbahngeschütze, Minenwerfer, Infanterie-Schutzschilde und Sandsackbarrikaden grinsen uns wie gute, alte Bekannte an und blähen sich höhnisch vor uns alten Muschkoten auf: „Na, da schaust du, alter Freund! Du hast wohl geglaubt, mit uns wär's zu Ende für alle Zeit?"

Nur das eine scheidet diese gelbe von der europäischen Weltkrieg-Infanterie: Damals focht man aus Verzweiflung über die endlose Todesnot mit einem wilden Haß, der sich mit einer tiefen Sehnsucht nach dem Ende mischte und so eine fanatische Verbissenheit im Nahkampf gebar. Man hackte sich in dem Stollen zwischen Fleury und Douaumont förmlich pfundweise, wie Büchsenfleisch, aus dem Graben heraus und zerbiß sich noch gegenseitig die Kehlen im Todeskampf!

Ganz anders im chinesischen Bürgerkrieg! Dort betrachtet die Generalität, das Truppenoffizierskorps und die Masse des Truppenkontingents den Krieg als den Nährvater ihrer Existenz! Gewiß, die Kanton-Armee trägt nicht diesen ausgesprochenen Landsknechtscharakter wie Tschangsolins „Nord-Armee". Die Masse ihrer Infanterie entstammt dem südchinesischen Proletariat. Aber der übrige Heereskörper scheint wie im Norden von einem recht sonderbaren „Berufssoldatentum" gestellt zu sein. So mischt sich in dem sonst so friedlichen „Reich der Mitte" von heute auf morgen der Dreißigjährige Krieg mit dem Weltkrieg und der bolschewistischen „Weltrevolution". Eine Soldateska jagt über das alte China hinweg, die trotz alter Vorbilder, trotz Frundsberg, Wallenstein und Piccolomini ihresgleichen sucht! Die Infanterie tritt an, wenn der General den Sold richtig bezahlt und einen heiligen Eid schwört, daß jeder Soldat im Fall des Sieges eine Extra-Gratifikation zu erwarten hat! Das heißt, daß der „siegreiche Held", von seinen Vorgesetzten ungestört, etwas plündern, brandschatzen, saufen, huren und schänden darf!

Besonders bei der „Nord-Armee" ist diese altbewährte Gepflogenheit in Schwung. Einen regelrechten Haß zwischen den gegeneinander operierenden Truppenmassen gibt es nicht. Man tötet sich gegenseitig nur, wenn es einfach nicht anders zu umgehen ist und schwenkt mit Sack und Pack, wie Frundsberg bei Pavia, ohne mit der Wimper zu zucken, von der einen zur anderen Partei. Wie oft passiert es einem „Nord-General", daß er seine ganze „Flügelstaffel" von 50 000 Mann auf der Karte ausradieren oder rot oder weiß übermalen muß, weil sie wegen mangelnden Soldes — zum Gegner übergelaufen ist. Das „Rekrutenmaterial" holt sich der amtierende General, der meist ein vorzüglicher Geschäftsmann ist und 20 Prozent der Löhnung als Provision für sich bei einer ausländischen Bank deponiert, nach den bewährten Methoden des „Fridericus Rex" mit dem vergitterten „Werbewagen" und hilft gelegentlich mal mit dem Henker hinterher. Man schlägt erst in dem von der „Werbekommission" beglückten Dorf etlichen Leuten die Köpfe ab und dann läuft plötzlich das „Aushebungsgeschäft" wie geschmiert.

Im übrigen kennen auch diese Generale keinen eigentlichen Haß auf den „Kollegen" von der anderen Armee. Als Tschangsolin die Wahl hatte zwischen einer lautlos krepierenden Granate aus einer bewährten französischen Fabrik, die beim Einschlag den Tod von einem guten Dutzend Menschen „garantiert", und einem chinesischen Fabrikat, das einen mächtigen Lärm vollführt, im übrigen aber nahezu harmlos ist, wählte er das chinesische Artilleriegeschoß! Warum sich durch ein großes Massakre frühzeitig das Geschäft verderben!

Also: Dreißigjähriger Krieg in Reinkultur!

Neben dem Profoßen und Hurenwaibel darf selbstverständlich auch der „Feldpastor" nicht fehlen! Als der Sohn Tschangsolins, der junge Tschang-Su-Liang, seinen schlachtentscheidenden Stoß in die Flanke der Kantonesen durch die Provinz Honan führen wollte, machte sein Stoßflügel mitten in der strategischen Operation plötzlich kehrt, weil die „Rotlampen", eine Art bolschewistische Volksmiliz, durch ihre „Zauberer" der siegreichen Vorhut etliche Papierschnitzel mit wüsten Verwünschungen, die das Fortleben der braven Nordtruppen nach dem Tode ernstlich in Frage stellten, auf den Weg geworfen hatten. Erst nach langwierigen Beratungen des Generalstabschefs mit dem „Feldprobst" der Nordarmee gelang es, 50 000 in Blut getauchte Tuchfetzen zum Schutz gegen die bösen Geister auf den Bajonetten des Stoßflügels zu befestigen und dadurch den gestörten Vormarsch wieder in Fluß zu bringen. Die schöne „Umfassungsoperation à la Napoleon und Ludendorff" war aber natürlich futsch!

Man sieht: Ohne den Feldprobst und ohne die Dummheit und den Aberglauben der Menschen gedeiht keine militärische Operation.

Es wird also noch etliche Zeit dauern, bis sich der chinesische Kuli und Bauer seine herrliche Armee, die sich nach Wanzenart in seinem Fell festgenistet hat, zum Teufel jagt. Aber für den „kriegsgeschichtlichen" Forscher ist sie — wie man sieht — ein herrlicher Braten, diese „gelbe Infanterie".

Eine glänzend gelungene Fernseh-Vorführung. Die American Telephone and Telegraph Company in New York hatte kürzlich eine Anzahl Berichterstatter New Yorker Zeitungen in ihr Geschäftshaus gebeten. Die journalistischen Gäste konnten bei dieser Gelegenheit den Sekretär der Handelskammer in dem 350 Kilometer entfernten Washington genau beobachten, wie er sich, den Telephonhörer am Ohr, mit dem Präsidenten der New Yorker Telephongesellschaft unterhielt. Die Figur des sprechenden Sekretärs erschien in einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, auf einem Leinwandschirm, und die Herren in New York konnten das Mienenspiel des Sprechenden, das Zucken der Augenbrauen und die Bewegung der Mundwinkel genau verfolgen. Die New Yorker Journalisten unterhielten sich dann auch mit den Washingtoner Kollegen, deren Gesichter sie genau auf dem Schirm sahen. Bei der weiteren Vorführung hatten sie auch Gelegenheit, Bilder zu sehen, die von der Radiostation in New Jersey auf drahtlosem Wege übermittelt wurden. Sie hörten ferner den Neger einer Varietébühne singen und sahen ihn gleichzeitig in seinen Bewegungen als Schauspieler, ebenso wie andere Tricks der Varietébühne vorgeführt und drahtlos übermittelt wurden. Die Vermittlung geschah durch einen kleinen viereckigen Spiegel, von dem aus die Bilder auf die Leinwand projiziert wurden. Die Bilder erschienen bemerkenswert klar und die Personen deutlich erkennbar. Im ganzen wurden so achtzehn vollständige Vorführungen dargeboten. Die Uebertragung auf den Leinwandschirm übermittelte dem Auge so klare Bilder, daß die New Yorker Herren die Zähne im geöffneten Mund der sprechenden Personen und die Asche am Ende der Zigarette, die sie in der Hand hielten, deutlich erkennen konnten.

Für die Verteilung des Frankfurter Goethe-Preises, der alljährlich am 28. August (Goethes Geburtstag) in Höhe von 10 000 Mark verliehen werden soll, sind jetzt nähere Bestimmungen bekanntgegeben worden. Danach soll der Preis „einer mit ihrem Schaffen bereits zur Geltung gelangten Persönlichkeit zuerkannt werden, deren schöpferisches Wirken einer dem Andenken Goethes gewidmeten Ehrung würdig ist". Dem Kuratorium gehören unter dem Vorsitz des Frankfurter Oberbürgermeisters u. a. der preußische Kultusminister, der Präsident der preußischen Dichterakademie, der Präsident der Deutschen Goethe-Gesellschaft, die Direktoren des Goethe-Hauses in Weimar und in Frankfurt, einige Universitätsprofessoren und ähnliche Persönlichkeiten an. Im ganzen mutet uns diese Zusammensetzung gar zu gelehrtenhaft und behördlich an.

Ein Dostojewski-Museum. Ein neues Dostojewski-Museum wird, wie in der „Literatur" berichtet wird, in Moskau eingerichtet, und zwar in dem ehemaligen Marien-Krankenhaus, das jetzt den Namen des großen Dichters trägt. Dostojewskis Vater war hier angestellt, und in seiner Drei-Zimmer-Wohnung, in der der Dichter geboren wurde und bis zu seinem 16. Jahre lebte, findet das Museum Unterkunft, das nach Möglichkeit mit den damaligen noch vorhandenen Möbelstücken ausgestattet wird.

Vorträge. Felix Stössinger veranstaltet Mittwoch, 8½ Uhr, in der Kunstkammer Wasservogel, Leipziger Str. 26 I., einen Vortrags- und Vorleseabend über Arno Nadel.

Musikchronik. Die Max Burkhardt-Gemeinde veranstaltet am Karfreitag im Blüthnersaal mit dem Berliner Sinfonie-Orchester eine Aufführung der IX. Sinfonie von Beethoven. — An beiden Osterfeiertagen veranstaltet das Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung von Emil Behnke Konzerte im Blüthnersaal. Am 2. Feiertag findet ein Johann-Strauß-Abend statt.

„Marinerevolte im Weltkrieg"

Mit diesem Thema beschäftigt sich die öffentliche Kundgebung am Donnerstag, abends 7½ Uhr, in der „Neuen Welt". (Redn.: Die seinerzeit zum Tode verurteilten Matrosen Beckers und Weber, sowie der Reichstagsabg. Wilh. Dittmann.)

Das Grenzmarkproblem.

Grzesinski über die Aufgaben Preußens und des Reichs.

Der preußische Innenminister Genosse Grzesinski ist am Montag auf einer für drei Tage berechneten Reise nach Niederschlesien in Breslau eingetroffen. In einer Sitzung im Oberpräsidium, an der Vertreter des Wirtschaftslebens, der Gewerkschaften, der politischen Parteien usw. teilnahmen, hielt nach einer Begrüßungsansprache des Oberpräsidenten der Minister eine längere Ansprache, in der er zunächst versicherte, daß er den östlichen Grenzgebieten keineswegs weniger herzliche Sympathien entgegenbringe als den besetzten Gebieten im Westen. Er halte sich jetzt schon das zweitemal im Osten auf und werde gleich nach Ostern in die Grenzmarken Posen-Westpreußen und im Mai nach Ostpreußen fahren. Dann fuhr Minister Grzesinski fort:

Der Zerreißung der oberschlesischen zusammenhängenden Industriegebiete durch die neue Grenzführung hat, wie Ihnen ja allen bekannt ist, unerhört schwere Notstände hervorgerufen. Auch Niederschlesien ist durch den Ausgang des Krieges und den Friedensvertrag stark geschädigt und die Notwendigkeit der Hilfe von Reich und Staat für diese Provinz ist ohne weiteres klar. An der Ostgrenze Ihrer Provinz sind Abtretungen von Gebiet an Polen erfolgt; die ganze wirtschaftliche Lage ist durch den Verlust des Posenschen und westpreußischen Hinterlandes und des östlichen Oberschlesiens stark verschlechtert und hat vielfach eine bedrohliche Notlage hervorgerufen. Auch die Trennung der Provinzen Ober- und Niederschlesien ist hier vielleicht zu einem Teil mit aufzuführen. Aber soviel Bedenken, ja, auch sachliche Gründe gegen diese Trennung ins Feld geführt worden sind, die preußische Staatsregierung konnte ihnen nicht Rechnung tragen, weil ein in der Stunde der Not gegebenes feierliches Versprechen von Regierung und Landtag unbedingt innegehalten werden mußte. Ich möchte deshalb heute, wo die Trennungsgesetzgebung unmittelbar vor ihrem Abschluß steht, noch einmal dem Wunsch Ausdruck geben, daß zwischen den beiden Provinzen Nieder- und Oberschlesien stets ein ungetrübtes, freundschaftlich-nachbarliches Verhältnis bestehen möge, das um so nötiger und natürlicher ist, als letzten Endes diese beiden eng verbundenen Provinzen ja aufeinander angewiesen und Kinder eines Vaterlandes sind.

Die Gefährdung der Provinz Niederschlesien ist auch zurückzuführen auf das Entstehen junger, neuer Staaten, deren Grenzen neue Wälle um das Gebiet der schlesischen Wirtschaft türmen.

Hinzu kommt der deutsch-polnische Handelskrieg, dessen Folgen für Industrie, Handel und Arbeitsmarkt gerade in Niederschlesien sich besonders stark auswirken. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben und im Interesse der schlesischen Wirtschaft liegend,

dem Handelskrieg ein Ende zu bereiten,

der ja in erster Linie auf dem Rücken Schlesiens ausgekämpft wird. Wir können nur wünschen, daß die Besprechung des Herrn Reichsaußenministers mit dem polnischen Außenminister in Genf die Grundlage für eine künftige wirtschaftliche Verständigung bereitet hat.

Nach einem Hinweis auf die Hilfsmaßnahmen, die Preußen bereits getroffen habe und noch treffen werde, führte der Minister weiter aus: Es ist einhellige Meinung der preußischen Staatsregierung, daß gerade den Grenzgebieten, solange sie wirtschaftlich noch schwach sind, aus zentralen Mitteln geholfen werden muß und das von mir geleitete preußische Ministerium des Innern, das für die Interessen des Ostens federführend ist, wird sich nach wie vor mit allen Kräften dafür einsetzen, daß nach Möglichkeit dem Osten und insbesondere auch der Provinz Niederschlesien geholfen wird. **Ich bedauere es deshalb ganz außerordentlich, daß im Etatsjahr 1927 die für den Osten bestimmten Reichsmittel so bedeutend verringert worden sind.** Sie wissen alle aus den Verhandlungen des Reichstages in den ersten Tagen des April, daß Preußen sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Verringerung gewährt hat.

Preußens Widerstand im Reichstag hat nichts gefruchtet; es ist entgegen der Warnung Preußens beschlossen worden, für die gesamten preußischen Grenzgebiete nur 15 Millionen anzusetzen, entgegen 27 Millionen im Vorjahre, zu denen noch 14 Millionen Kredite kamen.

Unsere Anträge gingen darüber hinaus, und ich kann nur gerade im Interesse der östlichen Gebiete mein ernstes Bedauern darüber wiederholen, daß man im Reiche sich unseren Argumenten verschlossen hat. Bei aller Kritik an den getroffenen Maßnahmen darf doch auch nicht vergessen werden, daß ein erheblicher Teil der Notstände nicht nur auf den Krieg und seine Folgen unmittelbar zurückgeführt werden kann, **sondern daß diese Notstände zum Teil sich erklären aus einer jahrzehntelangen Vernachlässigung des Ostens, die nicht in so kurzer Zeit schon gutgemacht werden kann.** Es ist selbstverständlich, daß gerade der heutige Staat eine solche Vernachlässigung nicht üben kann und wird, sondern seine Aufgabe darin erblickt, ausgleichend und fördernd nach allen Seiten und allen Richtungen hin zu wirken.

Nachdem Genosse Grzesinski auf den Weg der Selbsthilfe hingewiesen hatte, erklärte er weiter: Lassen Sie mich dann kurz noch hinweisen auf die Frage der Landarbeiterentlohnung. **Mir scheint, daß die hier und da aufgetretene Annahme, daß die geringe Entlohnung eine der Ursachen der starken Abwanderung und damit verbundenen Entvölkerung der Grenzgebiete sei, nicht ganz von der Hand zu weisen ist.** Vielleicht prüfen die in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer diese Frage einmal, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Entvölkerung der Grenzgebiete nicht nur nationalpolitische, sondern auch im Hinblick auf die Kaufkraft der Bevölkerung starke wirtschaftliche Bedeutung hat.

Der Minister schloß mit der Versicherung, daß der neue republikanische Staat Preußen alles tun werde, um der Provinz Niederschlesien mit ihren langgestreckten Grenzen und mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu helfen und sie nach allen Kräften zu fördern.

Blühers Horthy-Orden.

Man muß erst noch Ablehnung fordern!

Die Reichsverfassung verbietet in ihrer vorläufig noch unverkeudellten Gestalt nicht nur die Schaffung und Verleihung reichsdeutscher Orden, sondern auch den Reichsdeutschen die Annahme ausländischer Auszeichnungen. Diese letztere Bestimmung scheint nicht allen Beteiligten, nämlich den Beteilten, gegenwärtig zu sein. Andernfalls wäre es nicht verständlich, daß die Dresdener Stadtverordnetenversammlung (mit 35 gegen 34 Stimmen) auf Antrag der Kommunisten beschlossen hat, „dem Oberbürgermeister Dr. Blüher nahezulegen, die ihm von der ungarischen Regierung verliehene Auszeichnung zurückzusenden". Und es wird nichts davon berichtet, daß Herr Blüher etwa gesagt hätte, der Antrag sei höchst überflüssig, da er schon durch die Reichsverfassung verpflichtet sei, jede Ordensverleihung zurückzuweisen. Aber selbstverständlich ist der Dresdener Ober ein treuer Bekenner und Schützer der Verfassung. Und das sind sie ja alle.

Großfeuer in Niederschönhausen.

Ueber eine viertel Million Mark Schaden.

Ein verheerendes Schadenfeuer kam gestern nacht kurz vor 3 Uhr in der Stabzugläden- und Holzpflasterfabrik der Firma Heinrich Freese G. m. b. H. in Niederschönhausen zum Ausbruch. Das Feuer wütete mit so großer Gewalt, daß ein Teil des ziemlich umfangreichen Fabrikkomplexes völlig eingeäschert wurde. Der Schaden beläuft sich nach vorsichtiger Schätzung auf weit über eine Viertelmillion Mark.

In der Blankenburger Straße 33/34 in Niederschönhausen befinden sich mehrere ein- und zweistöckige Fabrikgebäude der Firma Freese, die Rolljalousien und Holzpflaster herstellt. Etwa gegen 3 Uhr morgens nahm der Wächter Brandgeruch war, und stellte fest, als er der Ursache nachging, daß ein Teil der Werkstätten brannte.

Auf den Feueralarm eilten zunächst die Löschzüge Niederschönhausen, Pankow, Heinersdorf und Blankenfelde herbei. Beim Erscheinen der Wehren an der Brandstätte hatte das Feuer indeß eine so gewaltige Ausdehnung angenommen, daß der **Alarm „Großfeuer"** nach Berlin weitergegeben werden mußte. Unter Leitung des Branddirektors Mende rückten alsbald zwei weitere Löschzüge zur Hilfeleistung heran. Das Feuer, das sofort mit **12 Schlauchleitungen größten Kalibers** angegriffen wurde, hatte bereits auf ein mit Vorräten stark gefülltes **15 Meter langes Lagergebäude** übergegriffen. Das **ganze Gebäude** in einer Ausdehnung von etwa **1800—1900 Quadratmeter Fläche brannte lichterloh.** Unter großem Getöse brach ein Teil der Dachkonstruktion ein und stürzte brennend in die Tiefe. Starke Rauchentwicklung und der zeitweise orkanartig wehende Sturm erschwerten die Löscharbeiten außerordentlich. Da von dem brennenden Gebäude mit seinem leichtbrennbaren Inhalt sowieso wenig zu retten war, mußte alles aufgeboten werden, um die anschließenden Fabrikationsräume der Holzpflasterfabrik und die Maschinenhalle mit ihrem wertvollen Inhalt zu schützen, was glücklicherweise auch in vollem Umfange gelungen ist. Nach dreistündiger angestrengter Löschtätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt und die Ablösch- und Aufräumungsarbeiten konnten in Angriff genommen werden. Gegen 8 Uhr morgens rückten die letzten Züge, unter Zurücklassung einer Brandwache, die bis in die heutigen Mittagsstunden dort verblieb, ab. Menschen sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen. Die Entstehungsursache konnte nicht ermittelt werden, da schon beim Eintreffen der ersten Löschzüge ein Teil des Betriebes in Flammen stand. Wie uns die Firma mitteilt, tritt in der Fabrikation keine Unterbrechung ein. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Gerüsteinsturz in Köpenick.

Ein folgenschwerer Gerüsteinsturz ereignete sich heute vormittag auf einem Neubau an der Ecke der Viktoria- und Wilhelmstraße zu Köpenick. Infolge Bruches einer Gerüststange stürzte ein Teil des Baugerüstes ein. Der gerade an der Unfallstelle tätige 68jährige Maurer Friedrich Hanneck, der in Trebbin wohnt, wurde aus beträchtlicher Höhe mit in die Tiefe gerissen. Der Verunglückte wurde von hinzueilenden Arbeitskollegen in schwerverletztem Zustande geborgen und in das Köpenicker Kreiskrankenhaus gebracht. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Der Millionenbetrug der Banderolenschieber

Weitere Verhaftungen in Berlin.

Die große Banderolenschieberaffäre Siré und Genossen zieht immer weitere Kreise und hat vor allem in Berlin zu neuen Verhaftungen, über die bereits heute früh mitgeteilten hinaus geführt. Außer dem Inhaber der früheren Zigarettenfabrik Dota, Krakauer, ist auch dessen Geschäftsführerin, ein Fräulein Moses, in Haft genommen, die den Verkehr zwischen Bing in Hamburg und Krakauer in Berlin vermittelt haben soll. Angeblich hat sie große Mengen von gefälschten Banderolen nach Hamburg gebracht, wo sie dann von Bing zum Teil selbst verwandt, zum Teil an ihm nahestehende Kreise, wie zum Beispiel an die Zigarettenfabrik Gerdani, weitergegeben wurden. Fräulein Moses hat sich auch in Berlin als Helferin ihres Chefs insofern betätigt, als sie bei einer unerwarteten Kontrolle des Krakauerschen Betriebes, der Zigarettenfabrik Dilia in der Neuen Schönhauser Straße, eine Aktenmappe mit gefälschten Banderolen, die ihr Krakauer aus dem Fenster zugeworfen hatte, beiseitegeschafft hatte. Ferner wurde eine ganze Reihe von Geschäftsleuten festgenommen, von denen auf Grund der beschlagnahmten Bücher und Korrespondenzen festgestellt worden war, daß sie mit Krakauer in Verbindung gestanden hatten. Schließlich ist noch in Düsseldorf ein Kaufmann Kohn aus Berlin verhaftet worden, bei dem man eine ganze Koffer ladung gefälschter Banderolen fand, die wahrscheinlich ebenfalls aus der Berliner Verteilungszentrale, also wahrscheinlicher von Krakauer, stammten.

Die Wohnung im Schutthaufen.

Das Kapitel Wohnungsnot beginnt nachgerade tragische Formen anzunehmen. Ungezählt sind die traurigen Fälle, wo Menschen einfach der Straße überantwortet werden. Im Hause Burgstraße 15, einem früheren uralten Hotel, werden jetzt die Mauern niedergerissen und an seiner Stelle soll ein modernes Restaurant mit Hotelbetrieb erstehen. Im Erdgeschoß des Hauses hatte der Portier eine aus Zimmer und Küche bestehende Mietwohnung inne, und da es ihm bisher nicht gelungen ist, eine Ersatzwohnung zu finden, so reißt man ihm nun tatsächlich das Dach über dem Kopfe ab. Die Küche ist bereits ihrem Schicksal erlegen und es ist nur mehr eine Frage allerkürzester Zeit, daß ihm auch die Stube entzogen und abgerissen wird. Bei der großen Zahl der beim Wohnungeamt Vorgemerkten besteht natürlich für ihn keinerlei Aussicht, in absehbarer Zeit eine Wohnung zu erhalten. Das ganze Haus ist ein Riesen-Schutthaufen; Berge von Abfall, die Fenster verklebt und gerüstumrahmt, die Möbel auf einem wüsten Haufen in der Stube zusammengepfercht, von einer dicken Kalk- und Staubschicht bedeckt, so haust ein Mensch, in stündlicher Angst, auf die unbarmherzige Straße hinaus zu müssen. Will hier die Wohnungspolizei nicht eingreifen?

Unschuldige Reichsbannerleute.

Anläßlich der Werbewoche des Reichsbanners fand am 19. Februar d. J. vom Kreisverein Tiergarten im Bülowbogen Platzkonzert und Demonstration statt. Um zu dem Sammelpunkt zu gelangen, mußten die Moabiter Kameraden die Bannmeile passieren. Weil ein Schutzpolizeiwachtmeister der Ansicht war, daß die Kameraden die Bannmeile überschritten hätten, griff er sich vier Mann aus dem Zuge heraus und brachte sie zum Revier. Die vier bekamen Geldstrafen. Zwei Kameraden legten Berufung ein. Die Verhandlung fand am 8. April 1927 vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte statt. Es wurde den Kameraden zur Last gelegt, daß sie gegen die Bannkreisverordnung verstoßen hätten. Der Staatsanwalt beantragte drei Mark Geldstrafe. Das Gericht war anderer Ansicht. Wenn Kameraden auf dem Bürgersteig gehen und in keiner Weise, etwa mit Fahnen, sichtbaren Plakaten oder sonstigen Abzeichen demonstrieren, so kann das nicht als Verstoß gegen die Bannkreisverordnung angesehen werden. Das Gericht kam daher zu der Ansicht, daß die beiden Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freizusprechen seien.

„Wahlunruhen" um die Sommerkönigin.

Die Wahl einer Sommerkönigin soll offenbar das sein, was den Berlinern am meisten am Herzen liegt. So wollten es jedenfalls allerhand kluge Manager. Seit Wochen war allabendlich die Jury, bestehend aus den Besuchern des Berliner Wintergartens, eifrigst damit beschäftigt, ihre Wahl zu treffen. Die Thronprätendentinnen spazierten im Badetrikot süß lächelnden oder dämonisch blitzenden Auges über die Bretter und agitierten für ihre Schönheit. Am Sonnabend fand im Sportpalast die Prämiierung statt, wobei die Kandidatinnen noch einmal vorbeimarschieren mußten. Man staunte über so viel Weiblichkeit. Mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen, eine Heerschau der unmöglichsten Gesichter und Körperlichkeiten. Man wartete und wartete auf die „Schönen", aber vergebens. Plötzlich setzt aus irgendeinem Winkel des Saales eine platzregenartige Claque ein. Hervor tänzelt mit Siegermiene ein ganz nettes, aber ebenfalls durchschnittliches Blondchen. Die Magnesiumblitze zucken. Die ist's! Die Wahl fiel auf eine, die nicht einmal die größte Stimmenzahl aufzuweisen hatte. Darob Riesenprotest im Publikum, wütende Rufe wie „Schiebung", „Gemeinheit" und Palastrevolution unter den Zurückgewiesenen. Inmitten dieses Tahuwabohus entfleuchte flugs und leise Manager samt Schützling und Schönheitspreis in Höhe von 1500 Mark. Jetzt aber kommt die Kehrseite der Medaille: Vor einigen Wochen wurden durch Zeitungsinserate junge, hübsche Damen gesucht. Man weiß, wie groß die Zahl derer ist, die es zu fein glauben und außerdem mit der nötigen Dosis Leichtgläubigkeit behaftet sind, um sich für solchen plumpen Schwindel herzugeben. Kurz und gut, es meldeten sich nicht weniger als ungefähr 500 „Schönheiten", die notiert wurden und vorerst einmal pro Kopf einen Taler berappen mußten, der für Photographieren, Frisieren und Betreten der Bretter des Wintergartens verrechnet wurde. Die Sache kam schließlich aber so, daß von den 500 Zahlenden nur 100 zur engeren Wahl zugelassen und dem Publikum vorgeführt wurden. Die übrigen 400 konnten umfrisiert, ausgestoßen aus der Liste der Schönen, dafür aber um 3 Mark leichter, wieder nach Hause wandern. Vielleicht trägt der stürmische Verlauf der Veranstaltung endlich dazu bei, in Zukunft das Publikum vom Besuch derartiger „Belustigungen" abzuhalten, und damit den Herren „Unternehmern" ihr nicht ganz durchsichtiges Handwerk zu legen.

Der Mord an der Hausangestellten Ahrendt.

Zu dem Mord an der Hausangestellten Ahrendt berichteten wir über den Fund eines Teiles der zerstückelten Leiche, den ein Schiffer für einen Oberschenkel hielt. Der Fund fiel gleich wieder über Bord eines Kahnes ins Wasser und ging unter. Die Nachforschungen des Reichswasserschutzes blieben erfolglos. Gestern, Montag vormittag, sah nun ein Bootsmann, der an den Zelten entlangfuhr, gegenüber dem Spreezelt einen unverhüllten Leichenteil schwimmen und fischte ihn heraus. Die Mordkommission, die auf Anzeige des Bootsmannes sofort benachrichtigt wurde, brachte den Fund, vermutlich den am Sonnabend wieder verlorengegangenen, zu näherer Untersuchung nach dem Schauhause, wo er an die bereits früher gefundenen Teile angepaßt wurde. Es ist nicht ein Oberschenkel, sondern die rechte Hälfte des Beckens mit einem Stückchen des abgesägten Oberschenkels. Es fehlen jetzt noch der linke Teil des Beckens, die beiden Oberschenkel und der Kopf der vielfach zerstückelten Leiche. Von dem Mörder selbst ist trotz aller Nachforschungen noch keine Spur gefunden. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt weiter die Mordkommission Dr. Wächter-Pippo im Zimmer 52 des Polizeipräsidiums entgegen.

Auf der Lokomotive schwer verletzt.

Ein schwerer Unfall auf einem Vorortzug führte zu einer Verkehrsstörung. Der letzte Zug nach Zehlendorf, der in der vergangenen Nacht um 1 Uhr 40 Minuten Berlin verließ, befand sich kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Zehlendorf-West, als der Lokomotivführer Karl Breilik aus der Steinmetzstr. 36 zu Berlin, ein Mann von 54 Jahren, aus einer schweren Stirnwunde blutend, plötzlich auf seinem Stande zusammenbrach. Der Heizer, der neben ihm stand, sah ihn hinfallen, hat aber nicht wahrgenommen, wie er zu der Verletzung gekommen war. Breilik wurde auf dem Bahnhof von einem Bahnarzt verbunden und dann nach dem Sanatorium „Waldfrieden" gebracht, wo er noch daniederliegt. Wie bald darauf festgestellt wurde, zog sich B. die Verletzung an einer Baustelle gegenüber dem Stellwerk in Zehlendorf-Mitte zu. Er lehnte sich zu weit hinaus und schlug mit dem Kopf gegen einen Laternenmast, so daß er schwerverletzt zusammenbrach.

Billige Fische. In diesem Jahre sind besonders reichlich am Markte und sehr preiswert: frischer Kabliau, frische grüne Heringe, frische Schollen, Zanderfischfilet, grätenlos, sowie lebende Karpfen, große Plötzen und Hechte.

Eisenbahnkatastrophe in Brünn.

5 Personen getötet, 20 verletzt.

Brünn, 12. April. (WTB.) Heute früh stieß ein aus Blazowitz kommender Personenzug bei der Einfahrt in den Bahnhof mit einem haltenden Personenzug zusammen. Fünf Personen wurden tödlich verletzt. Etwa 120 weitere Fahrgäste erlitten leichtere Verwundungen. Der einfahrende Zug, von dem der Dienstwagen entgleiste, hat das Haltezeichen überfahren. Von dem haltenden Zug entgleisten vier Wagen.

Zwei schwere Eisenbahnunfälle in Rumänien.

Bukarest, 11. April. (TU.) In der vergangenen Nacht stieß bei Ograda in der Walachei ein aus 36 mit Benzin gefüllten Tankwagen bestehender Eisenbahnzug mit einem Leerzug zusammen und verbrannte vollständig. Vier Eisenbahnbeamte fanden den Tod, während vier weitere verletzt wurden. Bei Augustin in Siebenbürgen entgleiste der Budapester Zug, wobei zwei Personen schwer und neun leicht verletzt wurden.

Einigung in der schlesischen Metallindustrie.

Die Arbeit heute wieder aufgenommen.

Breslau, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) In der schlesischen Metallindustrie ist am Dienstag **die Arbeit fast völlig wiederaufgenommen** worden. Wo das ausnahmsweise noch nicht geschehen ist, dürfte am Mittwoch die Arbeit wieder voll in Gang kommen. Die im Reichsarbeitsministerium erzielte **Einigung** zwischen Unternehmern und Arbeitern bringt die Spitzenlöhne des gelernten Metallarbeiters über 24 Jahre ab 1. April auf 74 Pf., ab 1. Juli auf 75 Pf. und ab 1. Oktober auf 76 Pf. Aehnlich erhöhen sich die Löhne der angelernten und der ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen um 2½ bis 6 Pf. die Stunde, während die Akkordlöhne zum 1. April um 9 Proz., zum 1. Oktober um 11,8 Proz. erhöht werden. Für Ueberarbeit über 48 Stunden wird ein Zuschlag von 10 Proz., über 52 Stunden um 15 Proz., über 54 Stunden von 25 Proz. bis 50 Proz. gezahlt.

Neuer Tarifvertragsabschluß im Gastwirtsgewerbe.

Der neue Tarifvertrag für das Gastwirtsgewerbe ist nach Zustimmung der großen Mehrheit der Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten abgeschlossen. Das Ergebnis der Tarifbewegung ist für die Arbeitnehmerschaft, obwohl nicht alle Forderungen durchgesetzt wurden, befriedigend. Die Arbeitszeit wurde von 9½ Stunden auf 9 Stunden einschließlich der Zeit zur Einnahme der Mahlzeiten herabgesetzt. Das bedeutet, daß der Achtstundentag als reine Arbeitszeit als erreicht anzusehen ist. Ferner wurden die bisherigen Pausen beseitigt. Im Falle einer Krankheit kann im ersten Fall Kündigung der Arbeitnehmer erst nach dem 14. bzw. 21. Krankheitstage erfolgen. Die Arbeitgeber werden zukünftig in anderer Weise als bisher auch für die Bezahlung des Urlaubs der Kellner herangezogen. Schließlich kam man einer gerechten Regelung der Berechnung von Kost und Logis näher und erzielte, obwohl Lohnforderungen nicht gestellt waren, eine Erhöhung der Löhne verschiedener Spezialgruppen. Verhindert werden konnte eine beabsichtigte Herabsetzung der Löhne des Wäschereipersonals in Gastwirtsbetrieben. Die neuen Bestimmungen treten am 17. April in Kraft.

Betriebsversammlung der Markthallenarbeiter.

Die Kommunisten mit den Christlichen Arm in Arm.

Bisher hatten die Mitglieder der freien Gewerkschaften sich stets untereinander über die Aufstellung einer gemeinsamen Liste zur Betriebsratswahl verständigt. Nun aber, da ein KPD.-Mann Betriebsratsvorsitzender ist, wurde eine allgemeine Betriebsversammlung einberufen, die am Mittwoch im Gemeindearbeiter-Verbandshaus, Johannisstr. 14/15, abgehalten wurde. Die KPD.-Leute hatten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Christlichen für eine gemeinsame Liste gegen die SPD.-Kollegen zu gewinnen. Den Christlichen muß jedoch das geplante Bündnis mit den Kapedisten wenig gefallen haben. Trotz dringender Einladung durch die Kommunisten blieben sie der Versammlung fern.

Genosse Tappert geißelte die kommunistisch-christliche Bündnispolitik. Schon im alten Betriebsrat haben die KPD.-Leute in geheimen Verhandlungen mit den Christlichen versucht, die SPD.-Kollegen an die Wand zu drücken. Die von Tappert vorgeschlagene Liste wurde mit großer Mehrheit angenommen, da auch die Kapedisten dafür stimmten.

Die Redner der KPD.-Opposition konnten die Darlegungen Tapperts nicht bestreiten, da selbst der KPD.-Vorsitzende die Tatsache der Verhandlungen mit den Christlichen zugeben mußte.

Ueber die Lohnbewegung gab der Verbandsvertreter Miehlke einen informatorischen Bericht. Die KPD.-Zelle hatte u. a. beantragt, durch eine Entschließung gegen den weißen Terror in allen Ländern zu protestieren. Tappert beantragte den Zusatz, auch gegen den bolschewistischen Terror in Georgien zu protestieren.

Der KPD.-Vorsitzende erklärte, daß er dies nicht mitmachen könne, zog hierauf seinen Antrag zurück und schloß die Versammlung.

Jahresversammlung der Maßschneider.

In der zu Mittwochabend nach den Arminhallen einberufenen Versammlung der im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Herrenmaßschneider gab zunächst der Branchenleiter Genosse Faustmann den Jahresbericht. Er wies auf die äußerst ungünstige Konjunktur während des ganzen Vorjahres hin, die es der Organisation nicht ermöglichte, eine Erhöhung der seit dem November 1925 bestehenden Löhne durchzusetzen. Der Organisation gelang es jedoch, die Angriffe der Unternehmer restlos abzuwehren, die dahin zielten, die Löhne um 10 Proz. und den Heimarbeiterzuschlag um 30 Proz. abzubauen. Im Mai wurde von den Unternehmern der Reichstarif gekündigt und über 200 Verschlechterungsanträge gestellt. Auch hier konnte die Organisation den alten Reichstarifvertrag mit wenigen Aenderungen wieder abschließen.

Die nicht in die Berichtsperiode fallende Frühjahrsbewegung brachte den Herrenmaßschneidern eine Erhöhung des Zeitlohnes von 1,03 M. auf 1,10 M. und des Stücklohnes von 98 Pf. auf 1,05 M. Genosse Faustmann erörterte dann noch eingehend die Tätigkeit der Branchenkommission, die stets bemüht war, die Interessen der Mitglieder energisch zu verfechten.

In der ausgiebigen Diskussion machten die Kommunisten für ihre „oppositionelle" Liste der Kandidaten zur Branchenkommission Propaganda, indem sie diese Kommission für alles verantwortlich zu machen suchten, was infolge der anhaltenden Krise im Vorjahre nicht erreicht werden konnte.

Die Versammlung wählte jedoch in geheimer Abstimmung mit erdrückender Mehrheit ihre bisherige Branchenkommission der Amsterdamer Richtung wieder. Mit der gleichen Stimmenmehrheit wurden auch die vorgeschlagenen Generalversammlungsdelegierten gewählt, die ebenfalls alle zur Richtung Amsterdam gehören.

Die Bergarbeiter lehnen Fachkammern ab.

Wie durch verschiedene Verhandlungen bekannt wurde, sind zurzeit Bestrebungen im Gange, bei Errichtung der Arbeitsgerichte besondere Fachkammern für den Bergbau einzurichten. Die Bergarbeiter- und Angestelltenorganisationen aller Richtungen haben die Frage der Errichtung von Fachkammern im Bergbau eingehend geprüft und sind zu dem Entschluß gekommen, die Fachkammern im Interesse der einheitlichen Rechtsprechung abzulehnen. Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags ersucht daher das Staatsministerium, bei Errichtung der Arbeitsgerichte keine besonderen Fachkammern für den Bergbau einzurichten.

Weitere Betriebsratswahlerfolge in Köln.

Außer den bereits gemeldeten Ergebnissen einiger Großbetriebe in der Kölner Metallindustrie liegt nun auch das Ergebnis der Betriebsratswahlen aus 40 mittleren Betrieben vor. In diesen 40 Betrieben sind beschäftigt 4300 männliche Arbeiter, 203 Arbeiterinnen, 211 Lehrlinge, insgesamt 5013 Arbeiter und 993 Angestellte. Bei den Wahlen der Arbeiter fielen auf die Liste des Deutschen Metallarbeiterverbandes 143 Betriebsratssitze, auf sonstige freie Gewerkschaften 7, auf die christlichen Gewerkschaften nur 19; bei den Angestelltenwahlen auf die AfA 23, auf die Gegner 6 und auf Unorganisierte (!) 9 Sitze.

Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt.

Nach dreitägigen Verhandlungen vor dem Schlichter für das Rheinland ist in dem Lohnstreit der Rheinschiffahrt ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Erhöhung der Matrosenlöhne und eine Erhöhung der Ueberstundenbezahlung vorsieht. Die Parteien haben bis zum Mittwoch zu diesem Spruch Stellung zu nehmen.

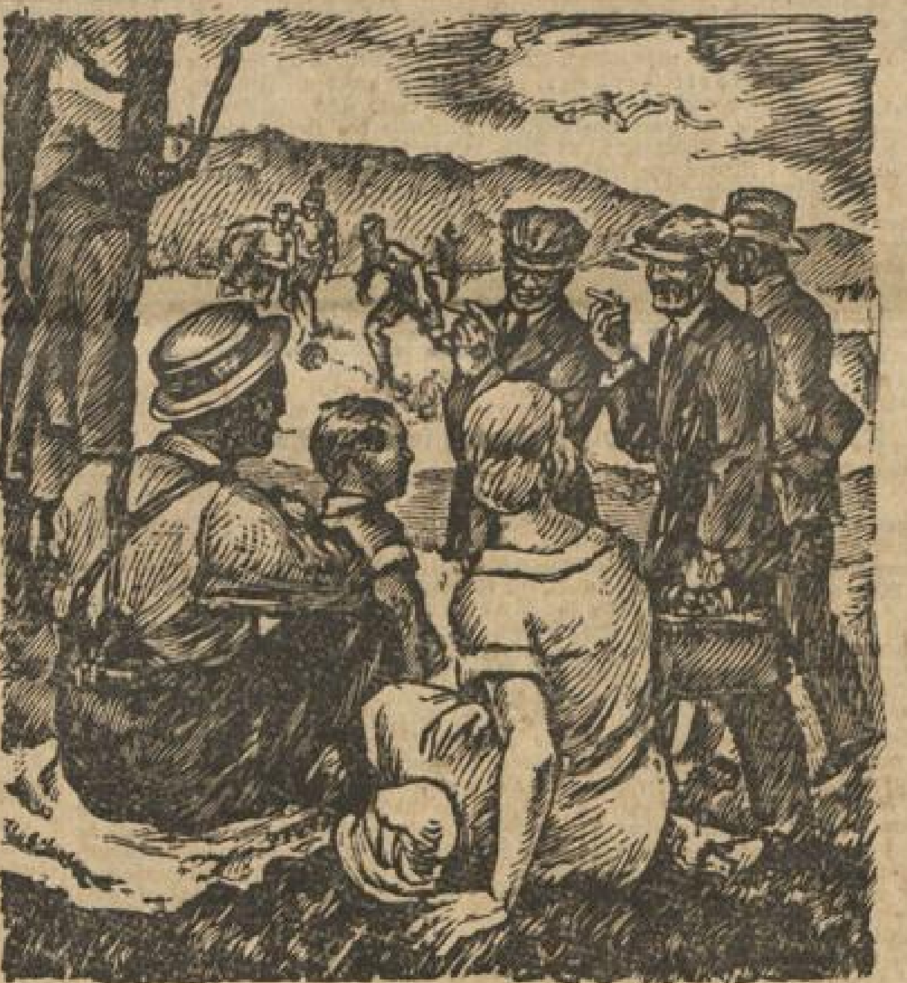
Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **Friedr. Sasorn**; Feuilleton: **R. H. Döscher**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

2 Teppiche
wenig gebr. 25.— u. 37.50. Gelegenheitsposten Ca. 40 fehlerh. Teppiche u. Brücken, bis 50 % ermäßigt
Fabrikteppich-Verk. Friedrichstraße 203, Ecke Zimmerstraße

Blumenspenden
jeder Art liefert preiswert
Paul Golletz.
vorm. Robert Meyer
Mariannenstraße 3, Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 10303

Wein-, Likör-
und Spirituosen-Großhandlung
D. Zellermayer
Nur Gr. Frankfurter Str. 107 **Nur**
(Tel.: Alexander 3130)
ist die billigste Bezugsquelle des Berliner Ostens!
Riesenauswahl!
Infolge Aufhebung der Getränkesteuer
bedeutend herabgesetzte Osterpreise!
Vorzeiger dieses erhält 3% Rabatt!

Sonntag ist's,
nach sechs Werktagen ein besonderer Genuß für den Mann der Arbeit. Still steht das sausende Rad. Die Jugend tummelt sich auf den Sportplätzen, die älteren plaudern von



Vergangenheit und Zukunft. Schön aber ist der Sonntag erst, wenn man in Ruhe seine geliebte
Oberst 5 Pf.
rauchen kann. Durch ihren würzig aromatischen Duft wird er zum Festtag.

Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik A.G. Stuttgart.

Humboldt-Theater, Badstraße 19
Ab Dienstag, den 12. April
Die Großfürstin und ihr Kellner
Beiprogramm und Bühnenschau

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 12.—14. April
Gauner im Frack
Außerdem:
Um hohen Preis

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 12.—14. April: Liane Haid, Max Hansen, Henry Bender in
Als ich wiederkam . .
Bühnenschau

Ballschmieder-Lichtspiele, Badstr. 16
Vom 12.—14. April
2 Schlagerprogramme
Der Kavalier vom Wedding
Piccolo, der Tänzer für Geld
Bühnenschau

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 45
Vom 12.—14. April: Lya Mara in
Der Zigeunerbaron
Jugend frei! Bühnenschau!

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 12.—14. April
Wölfe der Nacht
ferner: **Fräulein Mama**
Bühnenschau

Allen lieben Freunden, Bekannten und werten Gästen zur Mitteilung, daß ich die Leitung des **herrlich am großen Stienitzsee** gelegenen

Quellen-Restaurant „Zum Rüdersdorfer Sprudel" Kalkberge-Rüdersdorf

übernommen habe. **Empfehle meine Lokalitäten zu Land- und Wasserpartien.**

Verdeckte Räume für über **1000 Personen, 2 Säle, Dampferanlegestelle, Terrassen am See, Badegelegenheit, Fremdenzimmer, gute Küche** zu zeitgemäßen Preisen, **eigene Konditorei.** Fahrverbindung: **Vorortbahn** bis Strausberg, von da ½stündige Waldpromenade. **Straßenbahn:** Friedrichshagen—Rüdersdorf, Motorboot ab Woltersdorfer Schleuse.

Für das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen bestens dankend, bitte ich höflichst, mir dasselbe auch fernerhin zu erhalten. Hochachtungsvoll

Arthur Werner, „Restaurant Rüdersdorfer Sprudel"
Telephon: Kalkberge 24
(bisher Geschäftsführer im Berliner Gewerkschaftshaus)

Wer
kann Ihnen Aehnliches bieten?

Kleider aus Rips neueste Modeschöpfung.	nur	14.50
Kleider aus Veloutine – der neuen Stoffart – . .	nur	22.–
Kleider aus Crêpe de Chine	nur	19.50
K.-Seiden-Mäntel in eleganter Ausführung wie Abbildung	nur	26.–

Extra-Abteilung für Strumpf- u. Strickwaren
Seit 1896
Unsere neu eröffnete Abteilg. Damen-Hüte bringt die letzten Neuheiten
Auf Wunsch Zahlungserleicht.
Oskar Wollburg
BERLIN N • BRUNNENSTR. 56 u. 57